



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

## Der Arbeit Krönungsfest.

Wer hilft das Fest veredeln,  
Den ersten Malentag?  
Wir wollen die Arbeit krönen  
Im knospenden, blühenden Sag!  
Die Vögel lind uniere Boten.  
Die künden's im schnellen Flug:  
Des Alltags müde Beloten  
Ziehn aus zum Krönungszug.

Es wächelt der Zug. Er schreitet.  
Und wo ein Fuß sich hebt,  
Da liegt ein Teppich gebreitet  
Mit Blumen bunt durchwebt.  
Der Krönungssaal ist die Halle,  
Von Wäldern und Becken umäumt,  
In der ein leuchtend Goldmelde  
Von silbernen Blüten träumt.

Durch's Blättergedröhl geht ein Wehen,  
Ein läuselnder Frühlingshauch . . .  
Und wie im stummen Verlehen  
Erhebt jeder Baum, jeder Strauch . . .  
Es läuten unklare Glocken,  
Die heilige Stunde zu weihn,  
Weit klingend mit Jubelrohlocken  
Der Arbeit Krönungsfest ein!

Umflackert von züngelnden Flammen  
Ein Thron auf der Halle steht.  
Dorthin strömt alles zuammen,  
Was eilrig im Zuge geht.  
Und unter freudigen Rufen:  
„Dir huldigt die ganze Welt!“  
Beleuchtet die Arbeit die Stufen  
Des Thrones im Malentag.

Nun kommen sie angegangen  
Und bringen die Gaben dar:  
Der Kunstschmied bietet der Spangen  
Ein goldgetriebenes Paar, —  
Aus blutroten Fäden gewoben  
Der Weber den Mantel hat, —  
Das Richtschwert hält einer erhoben:  
Das funkelt so blank und so glatt . . .

Und Jeder kommt mit dem Seinen:  
Der läumt mit Borten das Kleid,  
Der schmückt mit Edelgesteinen  
Das blühende Halsgeschmeid. —  
Und leuchtend naht sich dem Throne  
Die Freiheit zu guterleht.  
Der Arbeit die eiserne Krone  
Auf's lockige Haupt sie leht.

Sie reicht der Arbeit die Hände:  
„Uns beiden gehört die Welt!  
Wir halten die flackernden Brände  
Fest über das Malentag,  
Daß Alle die Leuchte schauen,  
Die rot durch das Dunkel ragt,  
Bis daß mit dem Morgengrauen  
Die Sonne der Zukunft tagt!“

Verstummt ist des Alltags Fröhnen  
Am feistlichen Malentag.  
Drum laßt uns die Arbeit krönen  
Im knospenden, blühenden Sag.  
Der Krönungssaal ist die Halle,  
Von Wäldern und Becken umäumt,  
In denen ein leuchtend Goldmelde  
Von silbernen Blüten träumt . . .

Ludwig Leiten.

**Inhalt:** Der Arbeit Krönungsfest (Gebicht). — Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Zum ersten Mai. — An die Stettiner Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen. — Der Breslauer Tarif und seine Einführung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen (Leipzig). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenänderungen. — Anzeigen.  
**Beilage:** Gewerkschaftliche Kämpfe. — Korrespondenzen (Breslau, Halle a. S.). — Literatur.

### Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Das Mitgliedsbuch Nr. 43 208, auf Hedwig Rißke, eingetreten in Götting, lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit als ungültig erklärt.

### Zum ersten Mai.

Es ist eine schicksalschwangere Zeit, in der gleich dem vorigen auch das diesmalige Maienfest der Arbeit fällt. Mit schwerer Wucht lagert die wirtschaftliche Krise und damit die bange Sorge um das tägliche Brod auf dem arbeitenden Volke. Produktionsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen stehen auf der wirtschaftlichen Tagesordnung. Und wo die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nicht fest und widerstandsfähig, da versucht es

das Unternehmertum auch mit Lohnherabsetzungen und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

So bilbet denn die diesjährige Maifeier gleich der vorjährigen noch einen ganz besonderen und eindringlichen Protest gegen die heutige kapitalistische Produktionsweise. Diese nur ist es, die die Krisen gebiert, die in fast regelmäßigen Intervallen das arbeitende Volk schwer bedrücken. Und die kapitalistische Welt betrachtet sie schon als etwas Unvermeidliches, etwas Unabänderliches, als ein Naturereignis gleich der Dürre oder Kälte, dem Krieg oder der Ueberschwemmung früherer Zeiten . . .

Und doch ist die Ursache eine grundverschiedene. Die heutigen wirtschaftlichen Krisen haben mit jenen früheren natürlichen Krisen, die die Menschheit heimsuchten, in der Ursache garnichts gemein. Und heute sind sie infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges, des Fortschrittes der Technik, insbesondere der Eisenbahnen, der verbesserten Seeschifffahrt beinahe völlig unmöglich. Die früheren Krisen entstanden durch Mangel, die heutigen entstehen durch Ueberschuß, durch Ueberproduktion. Fabrikanten und Händler finden nicht den nötigen Absatz, deshalb die Stodung in der Produktion, deshalb die Krise. Und nun vergegenwärtigt man sich den ganzen Widerinn des heutigen kapitalistischen Systems! Die Ernten der letzten Jahre waren durchweg gute,

ja, die vorjährige war eine der besten, die je die Welt gesehen hat! Andererseits wurden ungeheure Schätze an Kohle, Eisen usw. der Erde abgerungen! Ein- und Ausfuhr erreichten einen ungeahnt hohen Stand. Und plötzlich schlägt in diese Welt einer niegesehenen Prosperität die Krise mit aller Gewalt!

Trocken vermerkten die Handelsberichte, es sei zuviel produziert worden. Ja, war denn wirklich kein Bedarf mehr vorhanden, war denn die gesamte Menschheit mit allem überreichlich versehen? Satten denn alle Arbeiter mit ihren Familien satt zu essen, anständige Wohnungen und Kleidung?

Ach, Du närrischer Tor, diesen Bedarf meint die kapitalistische Welt nicht. Unter Bedarf versteht sie nicht die Notwendigkeit von Substanzmitteln, sondern einfach die Kaufkraft der Bevölkerung. Und weil der Arbeiter in seinem Arbeitslohn nur einen Teil jenes Wertes erhält, den er schafft und der Mehrwert des Geschaffenen dem Unternehmer teilweise als direkter Profit, teilweise als Zins- oder Handelsprofit in den Schoß fällt, deshalb ist die Kaufkraft des Arbeiters eine so beschränkte.

Der vom Arbeiter geschaffene Mehrwert flieht also in die Taschen anderer. Er kann deshalb auch nicht für seinen eigenen Bedarf so viel Ware erwerben, als er erarbeitet hat, sondern er kann auf diesen Erwerb nur so viel verwenden, als er Arbeits-

lohn erhalten hat. Deshalb müssen als Ausgleich die Unternehmer, Gelbverleiher, Händler usw. den überschüssigen Mehrwert ebenfalls konsumieren. Ist nun ein wirtschaftlicher Aufschwung vorhanden, dann wird sich der Mehrwert schneller vermehren, als die Lohnmasse, er findet wiederum Anlage in der Produktion, vergrößert diese immer mehr, und so entsteht mit der Zeit in Produktion und Verbrauch ein Mißverhältnis, das sich dann in der wirtschaftlichen Krise Luft macht, der Krise mit all ihren Schrecken, ihrer Not und Entbehrung für die Arbeiterbevölkerung.

So sehen wir, daß die Arbeiter hüben müssen unter dem Widerstimm unseres heutigen Wirtschaftssystems. Die Krisen sind das Erzeugnis der kapitalistischen Produktionsweise. Sie hängen eng zusammen mit der Mehrwertproduktion und dem heutigen modernen Lohnsystem. Und dieser wider-natürliche Zustand kann nur beseitigt werden, wenn das heutige Wirtschaftssystem von Grund auf geändert wird. Deshalb aber ist es unsere Pflicht, auch am 1. Mai, dem Tage der Demonstration des arbeitenden Volkes für seine Menschenrechte, in lebhafter Weise zu demonstrieren für eine bessere und gesündere Wirtschaftsform, wie sie im Sozialismus begründet ist!

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Länder begehrt nunmehr zum zwanzigsten Male ihre Mai-feier, den Weltfeiertag der Arbeit. In schicksal-schwangerer Zeit, die schwer auf dem Volke der Arbeit lastet, findet sich das Proletariat zu dieser Demonstration zusammen, die zugleich einen wuch-tigen Massenprotest darstellt gegen die Ungerechtig-keit des heutigen Wirtschaftssystems. Und wir pro- testieren nicht nur, wir fordern zugleich! Wir for- dern unsere Menschenrechte! Wir fordern das Recht auf Arbeit! Wir fordern einen wirksamen, durchgreifenden, verbesserten Arbeiterschutz, und wollen keine Verschlechterung der bestehenden So- zialgesetze, wie sie jetzt wiederum von Rückschrittlern und Arbeiterfeinden geplant wird. Wir fordern den Weltfrieden, wir fordern volle Vereins- und Ver- sammlungsfreiheit, wir fordern den Achtstundentag! Wir fordern, daß die Kultur Gemeingut Aller werde!

Zu dem letztgenannten Wörtchen Kultur lassen sich alle unsere Forderungen zu einer zusammen- drängen. Kultur bedeutet Fortschritt, Wissenschaft, Kunst, Produktion, Poesie, Reichtum. Und diese Kultur kommt heute nur einem engen Kreise Bevor- zugter zugute, die große Masse des Volkes ist davon ausgeschlossen. Und was ist Kultur ohne Volk! Blühende Blüten ohne Sonnenlicht, ein düsteres Wild ohne lebendige Farbe. Wir fordern deshalb, daß die große Masse des Proletariats ebenfalls an unseren Kulturschätzen den ihr gebührenden Anteil erhält, daß die Kultur und damit aller Reichtum, alle Wissenschaft, alle Kunst, alle Fabriken, Güter, Eisenbahnen und Bergwerke nicht einem kleinen Kreise Bevorzugter gehören, sondern daß diese Kultur Gemeingut Aller werde!

Zimmer größer wird die Zahl derer, die diese Forderungen an die Gesellschaft stellen. Und heute geschieht dies noch eindringlicher denn je, denn die Wirtschaftskrise spricht dabei eine berebete Sprache mit, sie deutet, eindringlicher als wir es vermöchten, darauf hin, daß es endlich an der Zeit ist, die heutigen verrotteten und ungerechten Zustände durch andere, menschenwürdige zu ersetzen!

Wir erheben heute von neuem unsere Stimme für unsere uns schon viel zu lange vorenthaltene Menschenrechte!

Hört, ihr Herrschenden, das Volk fordert!  
Verbet Ihr endlich des Volkes gerechte Forde- rungen anerkennen? —

## An die Stettiner Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Nicht zum erstenmale beschäftigen wir uns in unserem Verbandsorgan mit der Lage des Hilfs- personals in den graphischen Kunststempeln Stet- tins. Verschiedentlich haben wir auf die jämmer- lichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemei- nen hingewiesen, unter denen die dortige Kollegen- schaft zu leiden hat und an manchen Beispielen konnten wir zeigen, welche freundlicher Behandlung

sich namentlich die Kolleginnen seitens ihrer „Herrn Chefs“ und deren Stellvertreter zu er- freuen haben. Jedesmal gaben wir uns der Hoff- nung hin, daß unsere Ausführungen auf frucht- baren Boden fallen würden und unsere Kollegen- schaft sich der entwürdigenden Zustände bewußt werden möchte, die zu beseitigen wir befreit sind. Auch an Vorschlägen haben wir es nicht fehlen lassen, durch die es allein möglich ist, das Los derer zu bessern, die sich gedrückt fühlen im Kampfe ums tägliche Brot — und dennoch scheint an der großen Masse der Stettiner Kolleginnen und Kol- legen alles abzuprallen, was geeignet wäre, sie aufzurütteln aus ihrem Schläfe, in dem verfunken sie nicht merken, wie die unerfättliche Profitgier ihrer Ausbeuter an ihrem Körper, an ihrem Leben saugt, bis sie resigniert und hilflos zusammen- brechen oder ausgepreßt weggeworfen werden.

Aus einem kleinen Häuflein rühriger, über- zeugter Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hat sich unser Verband in der Zeit von etwas über 10 Jahren zu seiner heutigen Größe entwickelt. 15 000 Mitglieder, die er zählt, haben den Wert des Zu- sammenschlusses erkennen gelernt — und wahrlich nicht zu ihrem Schaden. Durch rege Kleinarbeit ist es überall möglich geworden, die Löhne der or- ganisierten Kollegenschaft zu verbessern und ge- ordnete Arbeitsbedingungen in verschiedenen Städten einzuführen. Auch in Stettin fand sich eine kleine Gruppe Kollegen und Kolleginnen zu- sammen, um für unsere gerechte Sache Propaganda zu machen, mit dem Erfolge, daß sie vor ungefahr Jahresfrist an die Prinzipale mit der Forderung um Einführung der von Verbands mit der Zentr- ale der Unternehmervereinigung abgeschlossenen „Allgemeinen Bestimmungen“ und den Abschluß örtlicher Lohnvereinbarungen herantreten konnten. Leider entsprach das damalige Ergebnis der Ver- handlungen auch der Stärke unserer Stettiner Zahlstelle. Die Unternehmer verstanden es, jene Positionen aus den „Allgemeinen Bestimmungen“ auszumergen, die dem Hilfspersonal Vorteile bringen sollten und auch die festgesetzten Löhne gingen nur vereinzelt über die vorher bestandenen hinaus. Sofort erkannte die Verbandszentrale die Gefahr eines derartigen Tarifabschlusses und verlagte dem- selben ihre Bestätigung. Die Mitgliedschaft er- klärte den Abschluß für ungültig, worauf die Lei- tung der Prinzipalorganisation in ägyptischer Weise antwortete, daß sie eine Revision des Tar- ifes für bedeutend verfrüht halte, da derselbe bis 31. Dezember 1912 für beide Teile bindend ist. Wir haben damals festgestellt, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstößt, und daher nicht bindend für uns sein kann. Nun wissen wir aber auch, daß die Unternehmer ihre günstige Position so lange zu halten versuchen, bis sie gezwungen werden können, eine entsprechende Aenderung vor- zunehmen. Wann aber können wir jenen Zwang ausüben? Unter welchen Umständen ist es mög- lich, ein uns aufgezwungenes Gesetz zu nichte zu machen? Die Antwort ist bereits gegeben. Über- all da, wo unsere Kollegenschaft vollständig den Weg zur Organisation gefunden hat, ist es möglich gewesen, durch die Tarifabschlüsse Verbesserungen zu schaffen und auf Jahre hinaus festzusetzen, so daß selbst die jegliche Wirtschaftskrise nicht in dem Maße in unserem Bewußte so verheerend wirken konnte wie in so vielen anderen. Dagegen sieht es in jenen Orten, wo das Organisationsverhältnis noch viel zu wünschens- wert ist, noch eben- so traurig aus wie vor einem Jahrzehnt.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt ihr weiter mit den bisserigen miserablen Löhnen zufrieden sein? Habt ihr eure traurige Lage nicht begriffen, die euch zu stumpfsinnigen, widerstandslosen Werk- zeugen in den Händen eurer Ausbeuter macht? In jahrelanger Arbeit haben wir euch die Wege gewiesen, die ihr zu gehen habt, um euch eurer Unterdrücker zu erwehren und ein menschenwür- diges Dasein zu erringen. Hakt Euch endlich auf, besinnt Euch auf eure Menschenwürde, indem Ihr Euch mit Euren Kollegen und Kolleginnen im ganzen deutschen Reiche solidarisch erklärt. Nur durch den Anschluß an den Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen kann das Stettiner Hilfspersonal zu ihrem Rechte ge- langen, das ihm heute nur deswegens noch ver- wehrt wird, weil es zu schwach ist, den Kampf mit dem viel stärkeren Gegner aufzunehmen.

Der Verband sorgt nicht allein dafür, daß eure Verhältnisse gebessert werden, sondern er ge- währt den Mitgliedern auch in Fällen von Krank- heit und Arbeitslosigkeit ausreichende Unterstü- tzung, so daß seine Mitglieder nicht gezwungen wer- den können, für jeden Pappenstiel Arbeit anzu- nehmen.

Das Unternehmertum hat den Wert des Zu- sammenschlusses erkannt und genießt die Vorteile desselben. Tut desgleichen — denn vereinzelt sind wir nichts — Vereint alles!

## Der Breslauer Tarif und seine Einführung.

Nicht nur die Breslauer, sondern auch die Kol- leginnen und Kollegen anderer Zahlstellen haben wohl ein gewisses Recht zu erfahren, wie weit wir mit unserem Tarif, bzw. dessen Einführung sind. Nun, mit allzugroßen Hoffnungen sind wir der Zeit, in welcher sich unsere Organisation unter tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsverhältnissen weiter entwickeln soll, nicht entgegengegangen. Daß es aber nach Ablauf von drei Monaten noch nötig sein wird, einen Teil der Prinzipale an die Anerken- nung des Tarifes erinnern zu müssen, hätte sich selbst der vernünftigste Bestimmt in unseren Reihen nicht träumen lassen.

Nachdem uns während der Verhandlungen mündlich und nachher schriftlich versichert wurde, daß die Mitglieder der Prinzipalvereinigung dieser gegenüber verpflichtet sind, die getrof- fenen Vereinbarungen anzuerkennen, waren wir wohl zu der Annahme berechtigt, dies würde auch ohne unseren Antrag geschehen. Daß diese Annahme eine irrtümliche war, davon waren wir bald überzeugt. Da von keiner Seite irgend welche Anstalten ge- troffen wurden, sehen wir uns genötigt, den Prin- zipalen gegenüber ein Lebenszeichen von uns zu geben, und dies geschah in Form eines Rundschrei- bens, dessen Inhalt den Abschluß des Tarifes be- kannt gab und zugleich die Bitte um Anerkennung, sowie das Gesuch um baldige Antwort in sich schloß. Diese Selbständigkeit wurde uns auf der anderen Seite sehr übel genommen und uns mitgeteilt, daß diese Art Vorgehen unsererseits unstatthaft, unzu- lässig und unkorrekt sei, zugleich wurden die Prin- zipale ersucht, uns auf besagtes Schreiben keine Antwort zu geben zu lassen. Diese Maßnahme rief zum Teil eine gewisse Verwirrung hervor, denn man war der Meinung, daß sich die Tarifverhand- lungen zerfallen haben, oder daß es mit der Ein- führung des Tarifes noch gute Weile habe. Trost- dem haben doch einige Firmen in zugehöriger Weise geantwortet und gerade die, von denen wir es am wenigsten erwartet hätten. Uns wurde außerdem der gute Rat gegeben, daß in jeder Drucker- die be- treffenden Arbeiter um Anerkennung des Tarifes zu bitten haben und im Falle einer Ablehnung soll die Ortsverwaltung dem Vorstand des Vereins Bres- lauer Buchdruckereibesitzer Mitteilung machen.

Was das Erstere anbetrifft, so wurde uns nur das empfohlen, was wir schon längst getan hatten, nur erhielten unsere Vertrauenspersonen bzw. die Mitglieder, stets ausweichende Antworten. Manche behaupteten, daß ihnen prinzipalseitig der Abschluß des Tarifes noch nicht bekannt gegeben ist, und wie die bequemen Ausreden noch weiter lauteten, die wir aber alle als stichhaltig nicht anerkannten; denn wenn die Verhandlungen sich ein ganzes Jahr hin- gezogen haben, und die Prinzipals-Kommission stets pünktlich über den Stand der Verhandlungen in den Prinzipalsversammlungen Bericht erstattete, und außerdem am 30. Januar von seiten des Vor- standes H. L. B. L. an alle Prinzipale der Ab- schluß bekannt gegeben worden ist, so kann wohl von einem Unbekanntsein keine Rede sein. Unsere Ver- trauenspersonen betrieben etwas energisch die An- gelegenheit, was auch von Erfolg war, und zwar in- sofern, weil die Löhne meist mit den tariflich ver- einbarten konform gehen, zum Teil auch darüber be- zahlt werden, bis auf einzelne Fälle, wo es sich um eine Erhöhung von 50 Pf. bis 2 Mk. handelte. Hier war wiederholtes Verhandeln notwendig, eben- wegen Bezahlung der Ueberstunden, die in mehreren Betrieben viel zu wünschens- wert ist. Schließlich wurde auch in dieser Beziehung das Gewünschte er- reicht. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit bean- spruchte keine besonderen Schwierigkeiten, da in fast

allen Betrieben (mit Ausnahme der gemischten Betriebe und Papierwaren-Fabriken) dieselbe wie bei den Buchdruckern ist.

Nur einen Fall wollen wir hier nicht unerwähnt lassen, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß wir noch ähnlichen Begegnungen werden. In einer Papierwarenfabrik ist die Arbeitszeit eine 9½-stündige auch für die dort beschäftigten Buchdrucker (natürlich mit Genehmigung des Tarifamts und nicht ohne die entsprechende Entschädigung). Da wir nun auf Grund des § 3 der Allgem. Best. für unsere Mitglieder ebenfalls die 9-stündige Arbeitszeit resp. Entschädigung für die Ueberarbeit beantragten, erklärte uns die Firma, daß mit Rücksicht darauf, daß in den meisten Buchdruckereien Breslaus die Arbeitszeit eine 9-stündige ist, beim Engagement der betreffenden Hilfsarbeiter bei der Lohnvereinbarung dieselben darauf hingewiesen wurden, daß in der Föhnung die Entschädigung für längere Arbeitszeit mit inbegriffen ist. Wir wußten, daß hier nur eine Probe aufs Exempel gemacht werden soll, darum legten wir und zugleich auch die Firma die Angelegenheit dem Vorstand des Prinzipalvereins zur Entscheidung vor. Derselbe entschied, wie vorauszu sehen war, zu Gunsten der Firma, unter der Motivierung, daß die in Frage kommenden Hilfsarbeiter 3-6 Mk. über Tarif bezahlt werden, was wir allerdings zugeben mußten. In der darauffolgenden Sitzung, unter Hinzuziehung der betreffenden Kollegen und im Einverständnis mit denselben wurde beschlossen, uns mit dem Entschädigung zu geben, da auch inzwischen die Bezahlung der Feiertage eine günstige Regelung erfahren hat. Andernfalls würden die Kollegen entlassen und damit war uns immer noch nicht geholfen. Ob hier eine Prinzipalverletzung vorliegt, das zu beurteilen überlassen wir denen, die im Tarifabschließen und -Einführen Erfahrung haben.\*)

Reberall, wo Verträge abgeschlossen werden, gleichviel welcher Art, sind die abschließenden Partien bestrebt, ihren Vorteil im Auge zu behalten und nach Abschluß des Vertrages sucht man in dem Inhalt nach Hintertüren. Hier ein Beispiel. In unserem Tarif findet sich ein Passus, dahin lautend, daß bei Verletzung der Mittagspause von mindestens einer Stunde 30 Pf. Entschädigung zu zahlen sind. Die Verletzung hat schon wiederholt stattgefunden, ohne daß die Entschädigung dafür bezahlt wurde; man berief sich darauf, daß es „tagvorher“ angelegt wurde. Dieser Zusatz fehlt in unserem Tarif. Da aber diese Entschädigung schon vor der Tarifvereinbarung und trotz vorheriger Anklage anstandslos bezahlt worden ist, so glauben wir auch jetzt ein gewisses Recht darauf zu haben, andernfalls wäre dies eine Verschlechterung der bestehenden Lohnverhältnisse, und solche sollen nach § 14 der

\*) Anmerkung der Redaktion. Hier liegt nicht allein eine Verletzung des Prinzips vor, sondern auch eine ganz unbegreifliche Regierung jener tariflichen Instanzen, die allein dazu berufen sind, solche strittige Fragen zu entscheiden. Wir verstehen einfach nicht, wieso unsere Kollegen eine so eminent wichtige Frage dem Vorstand der Prinzipalvereinigung zur Entscheidung vorlegen konnten. Wenn der Prinzipal dies tat, war es seine Sache, für uns aber dürfte eine solche einseitig gefällte Entscheidung niemals maßgebend sein. Hier gibt es nur eine Klage vor dem Schiedsgericht, eventuell die Berufung an das Tarifamt. Dann möchten wir einmal sehen, ob man unsere Kollegen, im Falle zu ihren Gunsten entschieden wird, einfach entlassen kann. Auch in dem nachher geschilderten Falle ist es nicht Sache der Lohnarbeitskommission, über den strittigen Entschädigungsanspruch zu befinden, sondern auch da sind Schiedsgericht und Tarifamt die allein zuständigen Instanzen. Leider wird — und dies nicht allein in Breslau — unseren selbstgeschaffenen Tarifbehörden viel zu wenig Beachtung geschenkt. Wenn die so geringe Inanspruchnahme dieser Einrichtungen ein Zeichen von Mangel an Differenzen wäre, könnten wir zufrieden sein. Leider ist aber zu konstatieren, daß das Gegenteil der Fall ist. So mancher Unternehmer versucht, ohne daran gehindert zu werden, die tariflichen Bestimmungen zum Schaden des Hilfspersonals zu umgehen, was er nicht könnte, wenn jeder Fall zur Anzeige und an die Öffentlichkeit gebracht würde.

Allgem. Bestimm. nicht stattfinden. Da die Meinungen hierüber naturgemäß auseinander gehen, werden die beiderseitigen Lohnarbeitskommissionen noch einmal zusammentreten müssen, um eine bestimmte Fassung festzulegen, eventuell wird es Sache des Schiedsgerichts sein, in dieser Beziehung einen Präzedenzfall zu schaffen.

Im Allgemeinen können wir behaupten, daß wir die Hälfte des Terrains erobert haben, die andere Hälfte ist harter, steiniger Boden, auf dem wir aus naheliegenden Gründen nur schrittweise vordringen können. Wie wir schon in Nr. 7 der „Soli.“ gesagt haben, besteht für uns durch den Tarifabschluß in der Hauptsache der Vorteil, daß unsere Organisation als solche anerkannt worden ist, alles andere muß mit der Zeit errungen werden, und dazu bedarf es des energischen Eingreifens aller Mitglieder, indem sie alle noch abseits stehenden Kolleginnen und Kollegen auf die Vorteile hinweisen, die eine starke Organisation zu erreichen imstande ist, um dieselben zum Beitritt zu bewegen, dann ist die Zeit nicht mehr fern, wo der Arbeitgeber als Mensch auch im Arbeiter den Menschen sieht und achtet, dieselben Rücksichten nimmt, die er beansprucht, und die Gewerkschaft mit denselben Augen betrachtet wird, wie seinen Verband. Er wird in den Wünschen und Forderungen der Arbeiter, die stets bescheidener Natur sind, nicht mehr Unanbarkeit und Auflehnung erblicken, wie das leider heute noch sehr oft der Fall ist. Der Arbeitgeber als Geschäftsmann sieht in dem unorganisierten Arbeiter ein williges Werkzeug, unter Umständen einen Helfer in der Not, aber als Ehrenmann muß er ihn verachten, nur läßt er diese Verachtung im eigenen Interesse nicht so merken, wie das von organisierten Arbeitern den unorganisierten gegenüber in der Regel geschieht. Dasselbe gilt auch für unseren Beruf, und wir dürfen daher nicht erlahmen in der Agitation, nicht eher ruhen, bis die letzte Kollegin, der letzte Kollege organisiert ist.

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Zunahme des Beschäftigungsgrades. — Fortdauer des hohen Andrangs am Arbeitsmarkt. — Das Wiedererwachen der gewerblichen Unternehmungslust. — Die amerikanischen Preistreiberereien auf dem Getreidemarkt.**

Die Beschäftigtenziffer in Industrie, Handel und Verkehr nimmt wieder zu. Das ist die wichtigste Erscheinung der letzten Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Denn seit Juni 1907 war die Kurve, die den Beschäftigungsgrad anzeigt, fast unausgesetzt sinkend. Der März 1909 hat nun etwa nicht die regelmäßig im Frühjahr zu beobachtende Zunahme der Beschäftigten gebracht, der Grad der Zunahme war vielmehr sehr viel stärker als im Vorjahre. Damals steigerte sich die Beschäftigtenziffer von Februar auf März um 1,61 Proz., im laufenden Jahre aber nach den vorläufigen Ziffern, die sich auf 1181 Krankentassen beziehen, um 3,12 Prozent. Bestätigt wird die Zunahme der Beschäftigten durch die regere Nachfrage von Arbeitsträften an den Arbeitsnachweiser: während von Februar auf März 1908 die Zahl der offenen Stellen um etwa 36 Proz. zunahm, stieg sie in diesem Jahre wieder um 50 Proz. Fragen wir nach den Gewerben, in denen der Beschäftigungsgrad wieder zunahm, so muß vor allem das Bekleidungs-gewerbe genannt werden. Hier haben der März und April eine recht beachtenswerte Belebung des Geschäftsganges gebracht, die allerdings nach Ostern schon wieder abgeflaut sein dürfte. Aber ziemlich anhaltend ist bisher die Belebung im Textilerwerb. Weiter ist aber noch im weitverbreiteten Holzgewerbe eine sichtliche Erholung wahrnehmbar, die sich vor allem in der kräftigen Abnahme der Arbeitslosigkeit zeigt. Die Arbeitslosenziffer Ende März ist sogar um eine Kleinigkeit niedriger als im Vorjahre. Auch in dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, dann in der Rohstoffindustrie nimmt die Arbeitsgelegenheit wieder etwas zu. Endlich ist noch auf die Belebung der Bautätigkeit zu verweisen, die seit Beendigung des Frostwetters wieder zu beobachten ist.

Wenn die Belebung des Beschäftigungsgrades sich auf dem Arbeitsmarkt noch wenig bemerkbar macht, so liegt das daran, daß seit Ende 1907 sich ein ganz ungewöhnliches Angebot herausgebildet hat. Das ganze Jahr 1908 hindurch nahm die Beschäftigtenziffer nicht nur nicht zu, sondern sogar ab. Der März dieses Jahres brachte aber zu dem vorhandenen starken Ueberfluß an Arbeit-juchenden schon wieder einen Teil des Neuangebotes aus dem laufenden Jahre. Die Folge dieser

Vermehrung des Angebots ist, daß der Andrang am Arbeitsmarkt noch in keinem März seit 1896 so hoch war wie 1909. Auf 100 offene Stellen kamen nicht weniger als 165,40 Arbeitsjuchende gegen 138,01 im vorigen Jahre. Noch ungünstiger stellt sich die Lage, wenn man den Markt für männliche Arbeitskräfte für sich betrachtet. Hier kommen auf 100 offene Stellen sogar noch 230,63 Arbeitsjuchende gegen 178,17 im Vorjahre. Selbst wenn die Zunahme des Beschäftigungsgrades weitere Fortschritte machen sollte, wird es noch lange dauern, bis das überaus starke Angebot auf dem Arbeitsmarkt auf ein erträgliches Maß zurückgegangen ist. Nach wie vor werden wir daher noch mit einer ziemlich großen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, da die Zunahme der Beschäftigtenziffer nicht so rasch erfolgen kann, um dem seit einem Jahre sich ansammelnden Angebot Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Nichtsdestoweniger bleibt die günstige Wendung, die der März 1909 gebracht hat, zu begrüßen, und es ist nur noch zu untersuchen, ob es sich bei der Zunahme der Beschäftigten im März um eine vorübergehende Erscheinung handelt, oder ob wir auf eine fortdauernde Erholung rechnen dürfen.

Es spricht manches dafür, daß die plötzliche Zunahme der Beschäftigten nicht weiter als eine Reaktionserscheinung gegenüber der ungewöhnlichen Stagnation in den Wintermonaten bedeutet. Hat doch der starke Frost die Arbeiten im Freien in einer seit Jahren nicht beobachteten Weise einträchtig. Mit dem Weichen des Winters mußte also dieser besondere Grund wegfallen und eine plötzliche Zunahme der Beschäftigung auslösen. Auf der anderen Seite freilich fehlt es auch nicht an Anzeichen, die für eine weitere Besserung sprechen. Daher gehört vor allem das Wiedererwachen der gewerblichen Unternehmungslust, das schon seit September 1908 zu beobachten ist und im laufenden Jahre erfreuliche Fortschritte macht. Die gewerbliche Unternehmungslust eilt der Gestaltung des Beschäftigungsgrades immer etwas voraus; es kann dabei vorkommen, daß die Unternehmer in der Bewertung der Konjunktur sich irren; trotz stärkerer Unternehmungslust kann die Belebung des Beschäftigungsgrades ausbleiben.

Es hat freilich dieses Mal nicht den Anschein, als ob die Veränderungen und Kapitalserhöhungen auf einer falschen Beurteilung der Konjunktur beruhen, vielmehr ist bei der Lage des Geld- und Arbeitsmarktes, sowie bei dem Niveau der Warenpreise anzunehmen, daß die gewerblichen Neuinvestitionen prosperierende Anlagen darstellen werden. Hier seien seit September 1908 die Summen wiedergegeben, die für Neugründungen und Kapitalserhöhungen bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. allmonatlich angefordert wurden. Diese Summen betragen in Millionen Mark im Vergleich zum jeweiligen Vorjahre

|                     | 1907/08 | 1908/09 |
|---------------------|---------|---------|
| September . . . . . | 54,23   | 69,97   |
| Oktober . . . . .   | 95,06   | 103,53  |
| November . . . . .  | 103,27  | 78,09   |
| Dezember . . . . .  | 90,73   | 73,77   |
| Januar . . . . .    | 93,63   | 98,60   |
| Februar . . . . .   | 83,77   | 76,49   |
| März . . . . .      | 93,40   | 122,66  |

Wenn man erwägt, daß seit Dezember 1907 jeder Monat bis September 1908 eine Minderanforderung gegenüber dem Vorjahre gebracht hatte, so ist die allmähliche Belebung der Unternehmungslust seit September 1908 unverkennbar. Vor allem ist es aber charakteristisch, daß im März dieses Jahres die Unternehmungslust nicht nur stärker war als 1908, sondern auch wieder stärker als im März 1906. Ohne allzuviel aus dieser Bewegung der Neuinvestitionen schließen zu wollen, kann man doch bei dem starken Angebot von Kapitalien eine weitere Belebung der Unternehmungslust als wahrscheinlich annehmen.

Soll freilich das wirtschaftliche Leben Deutschlands einen nachhaltigen Anstoß zu einer Wiederbelebung der Konjunktur erhalten, so muß vor allem eine Verteuerung der Haushaltskosten für die breite Masse der Bevölkerung verbüßt werden. Denn nur, wenn die Voraussetzungen für eine Zunahme des Konsums der Arbeiterbevölkerung gegeben sind, kann die belebende Wirkung der wachsenden Unternehmungslust auf den Beschäftigungsgrad überspringen. Würde durch eine abermalige ins Gewicht fallende Verteuerung der Haushaltskosten noch eine weitere Einschränkung des Konsums entstehen, so würde eine wirtschaftliche Wiederbelebung leicht durch eine erneute Stagnation auf dem Warenmarkt erstickt werden können. Bis Februar war die Entwicklung des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwands im Durchschnitt von 55 deutschen Städten einigermaßen befriedigend. Für den Februar stellte sich nämlich dieser Aufwand für eine vierköpfige Familie, berechnet nach der Verpflegungsration des deutschen

Marinesoldaten, auf 22,42 Mk. wöchentlich, gegen 22,51 Mk. im Januar. Seit damals sind allerdings in der Preisbewegung auf dem Warenmarkt recht einschneidende Veränderungen eingetreten, die namentlich Getreide und damit weiterhin Wehl und Brot betreffen. Die Bewegung der Preise für Weizen und Roggen war schon im März unangenehm steigend. Im April aber setzten an den amerikanischen Getreidebörsen Spekulationsmänner ein, die den Weizenpreis auf eine ungewöhnliche Höhe trieben, wofür kein anderer Grund ersichtlich ist als eine volkswirtschaftlich im höchsten Grade schädliche Spekulation, die bei der heutigen Art des Getreidehandels namentlich von Amerika aus von Zeit zu Zeit immer wieder mit Erfolg in Szene gesetzt wird.

Berlin, 18. April 1909.

Richard Calwer.

## Korrespondenzen.

**Leipzig.** Quartalsversammlung am 24. April 1909. Dieselbe war äußerst schwach besucht. Den Geschäftsbericht gibt Kollege Schulze. Daraus ist folgendes zu entnehmen: Seit der letzten Versammlung sind die Kollegen Böser und Regenstein sowie die Kolleginnen Menzel und Stiebel gestorben. Die Versammlung ehrte das Ableben der Genannten in der üblichen Weise. Wenn jetzt in der sogenannten ruhigen Zeit auch keine Bohnforderungen das Interesse der Mitglieder beschäftigen, so ist doch die Tätigkeit der Verwaltung eine sehr rege gewesen, was aus dem am Ort herausgegebenen Wochenzettel zu ersehen ist. Im letzten Quartal sind 36 Vertikalenversammlungen abgehalten worden, in denen die verschiedensten Verhältnisse unterucht und nach Möglichkeit geregelt wurden. So mußten u. a. Versammlungen bei der Firma Bobach u. Co. abgehalten werden, da bei den dortigen technischen Einrichtungen sich Verhältnisse eingestellt haben, die für die Kollegen schmerzhaft vor großem Nachteil werden konnten. Die Firma für die Doppelschicht ein, ohne jedoch den die zweite Schicht arbeitenden Hilfsarbeitern einen Zuschlag für Nacharbeit zu zahlen. Erst nach Vortragswerden der Organisationsleitung beanumte sich die Firma zu einem 2proz. Zuschlag. Genau wie bei Bobach u. Co. lagen die Verhältnisse bei Breitkopf u. Härtel, auch diese Firma bewilligte den geforderten Zuschlag. Die weiteren Geschäfte wurden erledigt durch 2 Vertrauenspersonensitzungen, 9 Vorstandssitzungen sowie aus Sitzungen des graphischen Kartells und mit Vertretern der Organisationen der Berufsgenossen. An Versammlungen wurden abgehalten 2 Mitgliederversammlungen, 1 Steinschleiferversammlung, 1 Generalversammlung, 1 Protestversammlung des graphischen Kartells, sowie 1 Arbeitslosenversammlung. Die vom graphischen Kartell einberufene Arbeitslosenversammlung war ein verheißenes Unternehmen. Wenn unsere arbeitslosen Verbandsmitglieder vollzählig in der Versammlung erschienen waren, so ließ der Besuch der Versammlung durch die arbeitslosen Gehilfen sehr zu wünschen übrig, so daß der Zweck der Versammlung ganz illusorisch geworden war. Ebenso reichhaltig wie die Tätigkeit in der Zahlstelle ist die Tätigkeit im Gaubezirk gewesen. Doch auch in Zukunft liegt noch sehr viel Arbeit vor. So ist für den 19. Mai eine Protestversammlung geplant, die allerdings nur dann eine Wirkung haben kann, wenn die Mitgliedschaft dieselbe zu einer Massenversammlung gestaltet. Neben diesen allgemeinen Sitzungen und Versammlungen machten sich 8 Konferenzen mit Unternehmern notwendig, die mit Ausnahme der Firma D. Spamer zu befriedigenden Resultaten führten. Das Schiedsgericht resp. die Geschäftsstelle prüfte die an die Firmen Breitkopf u. Härtel, Bobach u. Co. und Brandstetter gestellten Forderungen und verhalf uns zu unserem tariflichen Rechte, ohne Klage zu erheben. So ist die Tätigkeit der Verwaltung im ersten Quartal trotz Krise und Arbeitslosigkeit eine sehr umfangreiche gewesen. Der Referent schließt seine Ausführungen zum Geschäftsbericht mit einer kräftigen Aufforderung an die Mitgliedschaft zur Werbung neuer Mitglieder. Zu den geschäftlichen Mitteilungen fordert Kollege Wolken die Mitgliedschaft auf, rege für den Vertrieb von Maigedenkblättern und Karten zum Eintritt in die vom Vorstand der Leipziger Ortsstranzenkasse und des Gewerkschaftskartells veranstaltete Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die im Bureau für 10 Mk. zu haben sind. Weiter geht der Redner auf den schlechten Umsatz der Verbands-tagungsprotokolle ein und bittet die Vertrauenspersonen, für einen nochmaligen Vertrieb einzutreten, damit die für die Kollegenchaft so wertvolle Broschüre nicht als Makulatur zu behandeln ist. Weitere Redner sprachen ihre Verwunderung über den

schlechten Verkauf der Protokolle aus und empfahlen den Wunsch des Kollegen Wolken zu beherzigen. Zur Beschlußfassung über den Beitrag zum Saaubenbau des Volkshauses spricht Kollege Glas. Unsere Organisation hat zu dem genannten Neubau einen Beitrag von 1800 Mk. zu leisten. Der Redner geht des weiteren auf die Schwierigkeit, eine neue Extrasteuer zu erheben, ein und empfiehlt den Beitrag aus der Lokalkasse zu decken. Kollege König sowie die Kollegen Glas und Schulze stellten einige Mißverständnisse richtig. Kollege Hellthal stellt den Antrag, das Geld ratenweise aus der Lokalkasse zu zahlen, derselbe wird auch angenommen. Wie in den anderen Jahren soll auch in diesem Jahre ein Sommerfest veranstaltet werden. Jedoch ist die Veranstaltung eines besonderen Kinderfestes auf Grund der Finanzlage nicht zu empfehlen. Sommer- und Kinderfest sollen miteinander verbunden werden. Kollege Schulze begründet eingehend diesen Vorschlag der Verwaltung und der letzten Vertrauenspersonensitzung. In Aussicht steht das Lokal „Albergarten“, das uns am 22. August zur Verfügung stehen würde. In der darauf folgenden Diskussion spricht man sich im allgemeinen für den Vorschlag aus. Der Veranstaltung des Sommerfestes wird zugestimmt. Die diesjährige Himmelfahrtspartie soll eine halbe Tagespartie mit Musik sein und nach Debsch gemacht werden. Sammelpunkt soll 6 Uhr am Ranttheon und als 2. Punkt 1/2 Uhr an der Spießbrüde sein. Dieser Vorschlag wird ebenfalls angenommen. Gleichzeitig fordert der Kollege Schulze diejenigen auf, die den Familienausflug nicht mitmachen, nach Möglichkeit das 3. Stiftungsfest der Zahlstelle Altemburg durch ihren Besuch zu beehren. Ferner geht Kollege Schulze auf die Uebertrittsbedingungen für die aus anderen Berufen in unseren Beruf Ueber tretenden ein und empfiehlt, diejenigen, die länger als 1/4 Jahr in unserem Beruf arbeiten, auf diese Uebertrittsbestimmungen aufmerksam zu machen. Während der Diskussion geht ein Antrag ein, der besagt, das Leipziger Gewerkschaftskartell möge der Frage näher treten, ob es nicht zweckmäßig sei, daß die Gewerkschaften selbst Mitglieder, die länger als 1/4 Jahr in einem anderen Berufe arbeiten, an die Gewerkschaft überweisen, der sie auf Grund des neuen Berufes angehören müßten. Der Antrag bezweckt die verschiedenen Grenzstreitigkeiten am Orte etwas einzuschränken und fand einstimmige Annahme in der Versammlung. Nachdem der Statistikkommission 25 Mk. Entschädigung bewilligt wurden, fand die Versammlung ihr Ende.

## Rundschau.

**Aus Oesterreich.** Der Reichsverein der Buchdrucker-, Zeitungs- und Schriftsetzer-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs hat soeben seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 1908 herausgegeben. Dasselbe war, wie der Bericht einleitend feststellt, ruhiger Innenarbeit gewidmet. Die Krisenwirkungen, unter denen fast alle Berufe in Oesterreich schwer zu leiden hatten, konnten der organisatorischen Entwicklung unseres Bruderverbandes nur wenig Abbruch tun. Auch verschiedentlich zutage getretene Eigenbrüdelei war nicht imstande, das Fortschreiten des Zentralisationsgedankens zu hemmen. Wenn auch heute noch zwei größere Orte, wie Prag und Triest, den Anstich an den Reichsverein hartnäckig von der Hand weisen, so ist begründete Hoffnung vorhanden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich aber das Anstürmen der Unternehmerkoalitionen zur besseren Einsicht drängen und die Erkenntnis fördern werden, daß die Zukunft nur den Zentralverbänden gehören kann. Der Bericht rekapituliert die Verhandlungen der vorjährigen Generalversammlung und erwähnt die Anstrengungen, die gemacht wurden, um auf tariflichem Gebiete an Boden zu gewinnen. Leider mißlingen die in Böhmen eingeleiteten Aktionen, die anfangs so großen Hoffnungen berechtigten. Die Prinzipale lehnten Verhandlungen ab — jedenfalls, nachdem sie sahen, daß unsere Kollegen durch das Vorgehen des österreichischen Seneferbundes, der damals das Steinbruckerhilfspersonal für sich reklamierte, geschwächt waren. Dieser Umstand hinderte auch die Leitung des Reichsvereins, einen aussichtslosen Kampf aufzunehmen, doch beweist die Bemerkung: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, daß auch in Böhmen in nicht allzu langer Zeit ein Tarifgesetz die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln wird. Durch die am 1. Juli erfolgte Uebernahme des Steinbruckerhilfspersonals in den „Seneferbund“ büßte der Reichsverein ca. 550 Mitglieder ein und zahlte außerdem noch 4480 Kr. für diese Mitglieder, damit sie ihre Rechte weiter behielten.

Die im Berichtsjahre eingeleitete Tarifbewegung in Böhmen hat, wie wir bereits berichten konn-

ten, in diesem Jahre zu einem schönen Erfolg geführt, desgleichen konnte für die Zeitungsarbeiter und Arbeiterinnen in Graz ein Tarif abgeschlossen werden. Der Reichsverein zählt 12 Ortsgruppen, von denen 5 in mehrere Zahlstellen geteilt sind. Der Mitgliederbestand betrug Ende 1908: 2107. Die Gesamteinnahmen betragen influide Saldo von 5577,44 Kronen 52 605,67 Kr., demgegenüber stehen an Ausgaben 37 315,51 Kr. Außerdem wurde von den Ortsgruppen eine Summe von 12 033,84 Kr. an die Zentrale abgeführt, somit verbleibt bei den Ortsgruppen ein Saldo von 3256,82 Kr. Die Zentrale hatte eine Einnahme (influide Saldo vom Vorjahre 37 324,32 Kr.) von 50 674,53 Kr., die Ausgaben betragen 15 457,34 Kr., somit verbleibt ein Saldo am 31. Dezember 1908 von 35 217,19 Kronen.

Der „Drucker-Arbeiter“ erscheint in einer Auflage von 4000 mit einer monatlichen Beilage in czechischer Sprache.

Dem sehr ausführlichen und übersichtlichen Bericht des Zentralausschusses schließen sich die Berichte der Ortsgruppen an. Aus allem ist zu erkennen, daß die österreichische Hilfsarbeiterorganisation lafflos vorwärts schreitet und wir wissen, daß die geleistete Arbeit ihre Früchte tragen wird.

Wir wir in letzter Stunde erfahren, ist in der Tarifbewegung der Wiener Lithographen und Steinbrucker sowie deren Hilfsarbeiter am 20. d. Mts. eine Einigung erzielt worden. Bericht folgt in nächster Nummer.

## Versammlungskalender.

- Dortmund.** Mittwoch, den 5. Mai, 8 Uhr abends, Mitgliederversammlung bei Dides, Brüderweg 11. Tagesordnung: Gewerkschaftliches.
- Halle a. S.** Monatsversammlung im „Englischen Hof“, abends 8 Uhr. Tagesordnung: 1. Protokollberlegung. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Verbandsangelegenheit. 4. Verschiedenes. Recht zur gleichzeitigen Besuch sämtlicher Mitglieder erwünscht.
- Hamburg, Altona, Wandsefel.** Mitgliederversammlung am 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Carl Baetow, Kaiser Wilhelmstr. 77. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 3. Wahl eines Schriftführers. 4. Kartellbericht. 5. Innere Vereinsangelegenheiten.
- Karlsruhe.** Mitgliederversammlung am 4. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Zähringer Löwen“. Tagesordnung: 1. Vereinsteilungen. 2. Kartellbericht. 3. Ausflug und Gartenfest. 4. Verschiedenes.
- Magdeburg.** Außerordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 9. Mai 1909, 3 Uhr nachmittags, im Lokal des Herrn Nichteckel, Knochenhauerufer 27/28. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Kartellbericht (Anträge zur Errichtung einer Gewerkschaftsbergeber). 4. Verschiedenes (unter anderem Erhöhung des Lokalzuschlags um 5 Pf. pro Woche).

**Achtung! Bressan. Achtung!**  
Die Zahlende werden in der Zeit vom 26. April bis 27. September um 8 Uhr abends geschlossen.  
Der Vorstand.

## Adressenveränderungen.

**Ulm a. D.**  
Vorländer und Kassierer: Karl Heinzmann, Bodgasse 12.

## Anzeigen

Dem Kollegen  
**Gustav Gramkow,**  
Steinbildner bei der Firma Hartung & Co., die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum!

Die Kollegenschaft Hamburgs.

Am 21. April starb plötzlich unsere liebe  
Kollegin

**Anna Pietsch**

im Alter von 21 Jahren.

Wir werden ihr Andenken immer in Ehren halten!

Die Zahlstelle Bildsheim.

# Beilage zur „Solidarität“

Dr. 18.

Berlin, den 1. Mai 1909.

15. Jahrgang.

## Gewerkschaftliche Kämpfe.

(Schluß.)

Sieht man von den lokalen besonderen Umständen und einzelnen Begleiterscheinungen der verschiedenen Phasen dieser beiden Kämpfe ab, so erkennt man folgende, gleichartige, bestimmende Hauptmomente und Tendenzen: Um die mit einem Unternehmer in Differenzen geratenen Arbeiter niederzuringen, greift die Unternehmerorganisation ein, in der Weise, daß sie viele an dem Kampf vollständig Unbeteiligte wirtschaftlich schädigt oder zu schädigen androht. Unmöglich kann man die Metallarbeiter in allen Betrieben Stettins, die Werftarbeiter in allen Seestädten, oder gar eine halbe Million Arbeiter in den verschiedenen Betrieben der Metallindustrie Deutschlands, in irgendein Verantwortlichkeitsverhältnis zu den Maßnahmen der Mieter der Vulkan-Werft bringen. Tausende derer, die von der angekündigten und bereits inszenierten Aussperrung bedroht waren, haben kaum gewußt, was in Stettin sich abspielte; sicher fehlte ihnen jedes Mittel, auf die Entscheidungen der Mieter einzuwirken. Genau so lag es bei dem Konflikt in Mannheim.

Während die Arbeiter ihre Interessen wahrnehmen, indem sie dem Unternehmer, der einen Kampf veranlaßt, ihre Arbeitskraft verweigern, also ihre Aktion gegen den richten, mit dem sie in Konflikt geraten, benutzt das Unternehmertum das Mittel, Unbeteiligte zu schädigen, um dadurch ein Nachgeben der Streikenden zu erzwingen. Es geht dabei von folgenden Spekulationen aus: Strafen wir Zehntausende, weil einige Hundert sich nicht unserem Machtgebot fügen, dann wird jener Empörung gegen diese ausgelöst! Die Streikenden werden dadurch veranlaßt, auf ihre Forderungen zu verzichten, damit nicht Unbeteiligte geschädigt werden! Sicher aber nehmen wir die Klassen der verschiedenen Gewerkschaften in einer Weise in Anspruch, daß die Opfer mit den von den Streikenden verlangten Vorteilen in gar keinem Verhältnis stehen! — So wird die Waffe der Produktionsunterbindung, die, von den Arbeitern als Streik in Anwendung gebracht, dem Unternehmer die Profitquelle verschließt, von dem Unternehmer als Aussperrung gehandhabt, ein gefährliches Kampfmittel gegen die Arbeiter. Zu solcher Taktik der Unternehmer liegt, wie bereits bemerkt, besonderer Anreiz vor in Perioden wirtschaftlicher Depression, wenn die reguläre Warenproduktion stöck, das Unternehmertum Arbeitskräfte überschüssig hat, und es die Sorge, für deren notwendige Existenz aufzukommen, sehr gern auf die Gewerkschaftskassen abwälzt. Sich über die Brutalität des Unternehmertums moralisch unterstützen zu wollen, weil es Unbeteiligte schädigt, um sein Ziel zu erreichen, nützt nichts! Die Arbeitererschaft muß sich mit den neuen Verhältnissen abfinden, diese zur Grundlage ihrer Kampfmethoden machen. Nicht Wünsche, und mögen sie noch so gerecht sein, dürfen als Bestimmungsfaktoren das Handeln beeinflussen: dieses kann und darf nur von den aus der Gesamtsituation sich ergebenden Erwägungen bestimmt werden. Das ist der sicherste Weg, um während der kritischen Zeit Schädigungen von der Arbeitererschaft fernzuhalten, um trotz der veränderten Verhältnisse, ja, gerade durch Ausnutzung dieser, nachher auf weitere und größere Erfolge rechnen zu dürfen.

Betrachtet man die Vorgänge in Mannheim und Stettin unter dem Gesichtswinkel der Aufgaben und der Verantwortung der Zentralkleitung, dann hat diese in den beiden konkreten Fällen in den entscheidenden Stunden sachlich zweifellos richtig gehandelt. Sie hatte sich zu fragen, ob sie es verantworten könne, unter den übervollständigen Umständen zu 20 000 oder gar 50 000 Arbeiter auszuweichen zu lassen. Die Antwort mußte zweifellos lauten: Nein! Gewiß, es ist nicht die Schuld der Arbeiter, wenn

das Unternehmertum, eine momentane günstige Gelegenheit auszunutzen, viele tausende Arbeiter ausperert, über tausende Familien Not und Elend heraufbeschwört, nur um in Wahrung seines Machtstandpunktes einigen Ausständigen, die mit den von der Aussperrung Bedrohten in keinerlei Beziehung stehen, eine Niederlage zu bereiten. Trotzdem darf man nicht verkennen, daß sehr viele der Geschädigten ihren Unmut gegen die Streikenden und gegen die Organisation gerichtet haben würden, wäre es zu den Aussperrungen gekommen. Das als einen Vorteil anzusprechen, wird niemand einfallen. Neben rein menschlichen Erwägungen, die ein Gewerkschaftsbeamter doch auch nicht als überflüssigen Ballast einfach über Bord werfen kann, sprechen praktische Gründe von großem Gewicht für das Vorgehen der Verbandsleitung. Einem jeden Verbandsfunktionärs unabweißbare Pflicht ist es, in den Kreis seiner Erwägungen alle möglichen Konsequenzen einer Aktion zu ziehen. Er muß sich fragen: darf ich unter den konkreten Umständen, durch eine Aussperrung, die Verbandskasse bis vielleicht zur Erschöpfung in Anspruch nehmen lassen? Könnte eine solche Forderungnahme des Verbandsvermögens, in einer Zeit der Krise, das Unternehmertum nicht leicht dazu reizen, die Schwächung des Verbandes noch weiter zu betreiben, womit für viele tausende Mitglieder die dem Unternehmertum gegenüber erlangte Position gefährdet werden könnte? — Es sind das bedeutungsvolle Fragen, die da an den Verbandsfunktionär herantreten. Es gehört sicher wohl mehr Mut und Charakterstärke dazu, den durch das Pflichtgefühl kategorisch vorgeschriebenen Weg zu gehen, als der momentanen Stimmung direkt Beteiligter unbedenklich nachzugeben.

Gegen diese Verbandsleitung sind schwere Vorwürfe erhoben worden. Soweit sie sachlicher Natur sind, finden sie in folgenden Behauptungen ihre Umgrenzung: „Hätte die Zentralkleitung nicht eingegriffen, würde mehr erreicht worden sein! Die Zentralkleitung war nicht befugt, über die Köpfe der Streikenden hinweg, gegen deren Willen, den Streik für beendet zu erklären. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder und das demokratische Prinzip sind verletzt worden!“

Ueber den ersten Punkt kann man streiten. Bei den am Kampf Beteiligten spricht erfahrungsgemäß der Wunsch als Vater des Gedankens immer sehr stark mit; ihr objektives Urteil ist durch stark subjektiven Einschlag getrübt. Der unbeteiligte Beobachter wird in beiden Fällen zu der Ansicht gelangen, daß die Situation für die Streikenden ungünstiger geworden wäre, die Unternehmer die bereits gemachten Zugeständnisse annulliert haben würden, hätte man es zu den angebotenen Aussperrungen kommen lassen. Ich bin der Ueberzeugung, die materielle Lage der Streikenden würde sich gegen den erlangten Zustand verschlechtert haben, hätte man den Streik nicht in beiden Fällen in letzter Stunde abgebrochen.

Von größerer Bedeutung sind die anderen Einwände. Ein Eingehen darauf bedingt zunächst die Frage: Was ist Selbstbestimmung — Demokratie? Um absolut feststehende Begriffe handelt es sich bei diesen Worten nicht. Im Wechsel der Erscheinungsformen im politischen und wirtschaftlichen Leben verschoben sich auch die Grenzen der Selbstbestimmung und Demokratie. Diese beiden Begriffe unterliegen ebenfalls der allgemeinen Umwertung der Werte. Solange die auf eigene Faust unternommene Aktion irgendeiner lokalen Mitgliedschaft eines Verbandes die Gesamtorganisation wenig oder garnicht berührte, die Mittel der Zentralkasse ebenfalls nur wenig oder garnicht in Anspruch nahm, konnte man den lokalen Beschlüssen weitesten Spielraum gewähren. Diese griffen ja nicht, oder in nicht fühlbarer Weise in das Selbstbestimmungsrecht der anderen Mitgliedschaften und der Gesamtorgani-

isation ein. Das hat sich jedoch gründlich geändert! Infolge der neuen Verhältnisse können heute durch die Maßnahmen einer lokalen Mitgliedschaft, oder auch nur einer Branche innerhalb dieser, die Mitgliedschaften in vielen anderen Orten, weiter Bezirke, selbst im ganzen Reich, in Mitleidenschaft gezogen und die allgemeinen Verbandsgehälter demnach in Anspruch genommen werden, daß, wenn das Unternehmertum in anderen Orten die Arbeiter angreift, diese mangels der erforderlichen Kampfmittel wehrlos sind, sich auf Gnade und Ungnade ergeben müssen. Ja, noch weiter! Nicht nur andere Mitgliedschaften der eigenen Organisation, nicht nur deren allgemeine Kampfmittel werden durch das Vorgehen einer kleinen Gruppe Verbandsmitglieder in Anspruch genommen, das geschieht auch in bezug auf andere Organisationen. Die in Frage kommenden Aussperrungen bedrohten in erster Linie den Metallarbeiterverband, dazu aber auch noch andere Verbände, ohne daß diese nach ihrem Willen oder Nichtwillen gefragt worden wären. Eine Minderheit könnte demnach das Selbstbestimmungsrecht eines verhältnismäßig großen Kreises von Angehörigen verschiedener Gewerkschaften einfach aufheben, wollte man ihr das unbeschränkte Entscheidungsrecht in solchen Fragen zubilligen. Man wird einwenden: Es muß Solidarität geübt werden! Gewiß! Aber die Befundung der Solidarität darf man nicht einseitig verlangen; sie unterliegt dem Bestimmungsrecht derer, von denen man Unterstützung verlangt, und sie richtet sich nach der jeweiligen Leistungsfähigkeit. Man kann es keinen gerechten Anspruch auf Solidaritätsbefundung nennen, wenn eine relativ kleine Gruppe verlangt, die Gesamtheit solle Opfer bringen, die in gar keinem Verhältnis zu dem zu erlangenden Vorteil stehen oder aber für die Solidaritätsbefunder mit großen Gefahren verknüpft sind. Hier kommt es zudem ja nur auf die Umgrenzung der Begriffsbestimmung für „Demokratie“ und „Selbstbestimmung“ an. Unter beiden Worten versteht man dasselbe: das Recht der Entscheidung über eigene Angelegenheiten, und die Verpflichtung, in die Angelegenheiten und Rechte anderer nicht eingzugreifen. Das Selbstbestimmungsrecht erlaubt demnach nicht, daß man ganz nach individuellem Ermessen oder im Rahmen einer Minderheit willkürlich, selbstig den eigenen Interessen und Wünschen folgend, ohne Rücksicht auf anderer Wohl und Rechtstitel entscheidet. Aktionen der geschilberten Art zu unternehmen, durch die andere in Mitleidenschaft gezogen werden, gehört nicht zu den unerwünschten Rechten der Demokratie. Das Gegenteil hiervon ist es, wenn das Selbstbestimmungsrecht der anderen gegen ihren Willen unberücksichtigt bleibt.

Gerade das Selbstbestimmungsrecht, demokratische Grundsätze wie auch die der Gerechtigkeit, machen die Entscheidungen im Wirtschaftskampf der Neuzeit außerordentlich schwierig. Man kann in einer kritischen Situation, wenn von der Entscheidung der Stunde Krieg und Frieden, das Wohl und Wehe Ungezählter abhängt, nicht erst die gesamte Mitgliedschaft einer nach Hunderttausenden zählenden Organisation befragen, nicht das Votum der übrigen in Betracht kommenden Organisationen herbeiführen; es muß ein Organ vorhanden sein, das unter eigener Verantwortung die diplomatischen Fäden spinnt oder den Krieg erklärt; ein Organ, das — entscheidet! Ein Organ, das bestimmt, was zu geschehen hat! Dieses Organ kann natürlich nicht die sicher vorwiegend nur aus ihren eigenen Verhältnissen heraus urteilende jeweilige Streikleitung oder Ortsverwaltung sein. Solche Entscheidungsmacht kann man nur in die Hände der Zentralkleitung legen, deren Urteil der Ausfluß der Interessenerwahrung der Gesamtorganisation, der Gesamtarbeiterbewegung sein muß.

Dagegen sträubt sich das „Selbstbestimmungsrecht“ der Mitglieder mit Unrecht! Unklare Ge-

## Korrespondenzen.

fühle sind hier nicht am Plage. Solche Gefühle z. B. dürften bestimmend gewesen sein bei der Annahme eines Antrages in der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dieser Antrag will statutarisch die Bestimmung festlegen, daß, wenn drei Viertel der in Betracht kommenden Mitglieder für Fortsetzung eines, mit Zustimmung des Vorstandes begonnenen Streiks sich aussprechen, der Zentralvorstand keine andere Entscheidung treffen darf. Ich bin der Ansicht: kein Mensch von Charakter und Verantwortungsgefühl dürfte, solchen Beschluß anerkennend, einen Posten in der Zentralleitung annehmen, wenn jener Antrag durch die allgemeine Verbandsgeneralversammlung akzeptiert würde. Die Bestimmung könnte für die Organisation geradezu verhängnisvoll werden; sie wäre ein direkter Anreiz für das Unternehmertum, durch Provokation von Konflikten, die Organisation und deren Kasse zu sprengen oder aber zu Duldungen von Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses zu zwingen.

Das unbedingte Streitreue einzelner Mitgliedschaften oder Branchen kann einfach nicht konserviert oder hergestellt werden. Der stete Fluß des wirtschaftlichen und sozialen Wandens zwingt die Arbeiterorganisationen zu dauernder tatsächlicher Fortentwicklung. Die ehemals primitive unvermittelte Aktion im wirtschaftlichen Kampf hat, wie gezeigt, längst einer komplizierten Funktion mit vorbereitenden Maßnahmen, der Festlegung eines strategischen Planes, der den Niederschlag eines ganzen Komplexes von Erwägungen und Beobachtungen darstellt, den Platz räumen müssen. Oft muß die entscheidende Stunde das direkte Kampfmittel gebären. Die Möglichkeit, jedes gewünschte Mittel zu jeder Zeit benutzen zu können, setzt planmäßige Vorarbeit und ein entscheidendes Organ voraus. Ohne entsprechende strategische Organisation können der Arbeiter bestgemeinte, von Begeisterung und Opferwilligkeit getragene Aktionen zu ihrem Schaden ausfallen. Vorbei ist die Zeit, daß, nach jeweils örtlichen oder den Bedürfnissen der Branche eines Berufes oder einer beschränkten Personenzahl, unbedenklich der Verbandsorganismus in Bewegung gesetzt werden kann. Heute sind zu erwägen die Konsequenzen, die eine Verbandsaktion nicht nur für die eigene Organisation, sondern auch für andere Verbände haben kann. Wer anders sollte alle die Entscheidungen treffen als die Zentralleitung? Man mag bedauern, daß die Umstände es gebieten, einzelnen Personen eine so große Machtvollkommenheit zu übertragen, aber es muß geschehen! Die erwähnten Gefühlswallungen sind keine Waffen im Klassenkampf. Als Korrektiv haben die Mitglieder ja die Möglichkeit, die Organisationsleiter zu entfernen, die das ihnen eingeräumte Dispositionsrecht mißbrauchen, oder den berechtigterweise an sie zu stellenden Anforderungen nicht genügen. Der Gedanke, daß mal ein Mißgriff getan werden könnte, darf nicht von den notwendigen Einrichtungen und taktisch erforderlichen Maßnahmen abhalten.

Die größten und schwersten Kämpfe stehen der Arbeiterbewegung noch bevor. Auf diese sich einzurichten, ist jetzt das dringendste Gebot. Geschieht das, dann werden die nächsten Kämpfe nicht nur glücklich bestanden, sie werden auch den Weg bahnen zu neuem, energischem Vormarsch. Und Anpassungsfähigkeit ist ja vorhanden! Das beweist die jüngst ins Leben gerufene Werkkommission, die ein Hand-in-handarbeiten aller auf den verschiedenen Werken vertretenen Verbände und Mitgliedschaften zur Grundlage hat. Das wird auch bewiesen durch den der nächsten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes vorliegenden Vorschlag auf Einführung der Beitragsstaffelung. Das wichtigste aber ist: den Organisationen, die durch ihre große Kopfzahl allmählich ein sehr schwerfälliger Körper geworden sind, ermögliche man eine Bewegungsfreiheit, durch die sie mit minutiöser Präzision allen taktischen Wandern der Unternehmer begegnen könnten. Und dieses unerlässliche Mittelzeug ist das der Zentralleitung gewährleistete Entscheidungsrecht für alle Situationen, die ein Eingreifen im Interesse der Gesamtheit erforderlich machen.

„Corr.-Bl.“ W i l h. D i e w e l l.

Breslau. Versammlung vom 18. April. Nach Verlesung des Protokolls, gegen welches Einwendungen nicht erfolgten, melbten sich zur Aufnahme zwei Kolleginnen und zwei Kollegen. Hierauf entspann sich eine lebhafte Diskussion über die bereits besprochene Angelegenheit der Firma Otto und Gerhardt, betreffend Umgehung der Arbeitszeit. Nach entsprechender Aufklärung wird diese Angelegenheit als erledigt betrachtet. Der Massenbericht konnte infolge Verbindertsein der Revisoren heute nicht gegeben werden; derselbe soll der Einfachheit halber von nun an jährlich gedruckt herausgegeben werden. Der Mitgliederbestand beträgt gegenwärtig 124 männliche und 50 weibliche Mitglieder. Dessenungeachtet gelangt es aber in allernächster Zeit, bei der Firma Korn Breche zu legen und die daselbst beschäftigten Kollegen der organisierten Arbeiterschaft einzureihen; denn es ist doch endlich an der Zeit, daß die vorhinigen Kollegen ihre Schlafmütze ablegen. Desgleichen auch bei der fast am Bekannten Firma Wiskott, bei welcher die Kollegen und Kolleginnen unter der Wucht der Hausordnung und miserabler Löhne doch wahrlich genug gelitten haben dürften. Sie sollten sich doch endlich klar werden, daß sie einzeln nichts, geschlossen aber alles vermögen. (Ist inzwischen geschehen. D. G.) Alsdann gelangte ein Artikel des Maschinenmeistervereins aus Nr. 37 vom 1. April des „Korrespondent“ zur Verlesung, in welchem man von einseitiger technischer Ausbildung der Tiegelbruder spricht, doch müssen wir hierzu bemerken, daß der Prinzipal das Minimum nicht ohne weiteres zahlt, wie das in Breslau vorgekommen ist. Nach einer hierorts aufgestellten Statistik haben wir festgestellt, daß für 14 Tiegelbruder, die ihre Stelle verließen oder verlassen mußten, ein einziger gelernter Drucker eingestellt wurde. Ferner sind bei einer hiesigen Firma für einen unserer Kollegen nacheinander drei gelernte Drucker eingestellt und wegen einseitiger Ausbildung wieder entlassen worden, sodaß sich der Prinzipal veranlaßt sah, wieder einen „ungelehrten“ Tiegelbruder zu engagieren. Alsdann machte Kollege Abend bekannt, daß die Mitglieder darauf zu achten haben, daß die Schutvorrichtungen sich in brauchbarem Zustande befinden, eventuell ist dem Vorstehenden sofort Mitteilung zu machen. Ebenso ist nach § 9 der Allgem. Bestimmungen das Arbeiten an Maschinen mit Fußbetrieb den Kolleginnen verboten und haben diese diesbezügliche Anerbieten zurückzuweisen. Sodann gab Kollege Reinhold den ausführlichen Kartellbericht und ermahnt die Anwesenden, das Gewerkschaftshaus, wo nur immer möglich, zu unterstützen und recht oft zu besuchen. Zum Schluß appelliert Kollege Abend noch einmal um recht zahlreiche Beteiligung am Maikränzchen. R. S.

Halle a. S. Die am 21. d. Mts. stattgefundene, stark besuchte öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der Kündigung unseres Kommissionsmitgliedes Kollegin Lautenschläger. Als Referent war Kollege Schulze-Leipzig anwesend. Redner führte den Anwesenden den Hergang in der hiesigen „Saale-Zeitung“ mit. Die liberale „Saale-Zeitung“, die, wenn es ihr nichts kostet, ab und zu in Arbeiterfreundlichkeit macht, glaubte der Bewegung entgegen wirken zu müssen und kündigte der Kollegin Lautenschläger, die öfter als Wortführerin für ihre Mitarbeiterinnen auftrat. Da Kollegin Lautenschläger eine anerkannt tüchtige Arbeiterin ist, die jahrelang in Druckerbetrieben und zuletzt 3½ Jahre zur größten Zufriedenheit in der „Saale-Zeitung“ gearbeitet hat, sind die Kolleginnen und Kollegen über die Maßnahme der Geschäftsleitung empört. Insbesondere erhob man die Stimme gegen den Faktor Schällig, der allerdings erklärte, sich um die politischen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht zu kümmern, aber trotzdem von den Arbeiterinnen Erklärungen fordert, ob sie organisiert wären oder nicht. „Unfähige Frauen gingen nicht in die Organisation; die Organisierten wären schlimmer als die Sozialdemokraten“. Wer seine Menschenrechte wahrnehme, werde von dem Faktor als Heher bezeichnet; er rede Arbeiter und Arbeiterinnen häufig mit Ehr und Eud an, die verdammten Verbandsgeschichten wolle er nach Dstern regeln usw. Als Kollege Schulze-Leipzig in der Saale-Zeitung wegen der gemäßigten Kollegin vorfällig wurde, habe der Faktor gesagt, der Voll. Lautenschläger sei nur wegen ihres Temperaments gekündigt worden. Die Versammlung verurteilte ihrerseits recht temperamentvoll die Maßnahmen der Saale-Zeitung und bedauert, daß leider noch Arbeiter und Arbeiterinnen solche bürgerlichen Zeitungen abonnieren. Das Volksblatt sei hier die einzige Zeitung, die die

Interessen der Arbeiter verrete. Die Versammelten, auch die Kolleginnen, erklärten sich mit Kollegin Lautenschläger solidarisch und behielten sich weitere Schritte vor. Der Vorstand des Buchdruckerverbandes hatte in seinen Mitteilungen eine Erklärung veröffentlicht, in der darauf hingewiesen wird, daß im Falle einer Arbeitseinstellung des Hilfspersonals alle Arbeiten, die bisher von diesem Personal ausgeführt wurden, entschieden zurückzuweisen sind. Bei Nichtbezahlung hätten die Buchdrucker die Konsequenzen zu ziehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 21. April im Englischen Hof stattgehabte Druckerhilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung hat die Kündigungsgründe der Kollegin Lautenschläger in der Saale-Zeitung geprüft und ist einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die gekündigte Kollegin das erste Opfer der Tarifbewegung und ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit werden soll. Die Versammlung stellt weiter fest, daß der Faktor Schällig sein Ehrenwort ziemlich leichtfertig verpfaßt, wenn er die Behauptung aufstellt, er habe sich um private und gewerkschaftliche Vorgänge nie gekümmert; dies könne durch mehrere drastische Ausdrücke reichlich widerlegt werden. Von dem Inhaber der Saale-Zeitung erwartet die Versammlung, daß die Kündigung der Kollegin Lautenschläger für nichts geschehen erklärt wird, da die zusammengelesenen Gründe gegen die langjährig beschäftigte Anlegerin zu durchsichtig sind. Sollte wider Erwarten die angeforderte Entlassung zur Wahrheit werden, dann erblicken die Versammelten darin eine Maßregel gegen die örtliche Gesamtorganisation und werden sich danach mit geeigneten Gegenmaßnahmen befassen.“ Leider muß noch erwähnt werden, daß sich, trotz Einladungen, sehr wenig Gehilfen an der Versammlung beteiligten hatten. Nach einem kräftigen Schlussswort fand die imposante Versammlung ihr Ende. R. W.

## Literatur.

Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein Vortrag gehalten von Berliner Arbeitern von Eduard Bernstein. Unter diesem Titel erschien soeben eine Broschüre im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Aus dem Inhalt geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder: „Was Kapital bedeutet.“ — „Das Wesen und die Voraussetzungen des Kapitalismus.“ — „Der Einfluß des Kapitalismus auf die Produktionsweise.“ — „Der Kapitalismus und die Steigerung des Verkehrs.“ — „Der Kapitalismus und die Vermehrung der Umlaufmittel.“ — „Der Kapitalismus und die Beweglichkeit des Kapitals.“ — „Der Kapitalismus und die Zunahme der Kapitalisten.“ — „Der Kapitalismus und das Wachstum der Städte.“ — „Der Kapitalismus und die Zunahme der Arbeiterklasse.“ — „Die Schäden und die Ueberwindung des Kapitalismus.“ Preis 50 Pf., Agitationsausgabe 20 Pf. Durch alle Spektreure und Kolporteurs zu beziehen.

Leo Deutsch: Der Lockspiegel New und die Terroristische Taktik. Uebersetzt von E. Grumbach. 2½ Bogen. Preis 40 Pf. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.

Angeheures Aufsehen, allgemeine Entrüstung der zivilisierten Welt löste die vor einiger Zeit erfolgte Entlassung des russischen Polizeispitzels New aus, jenes Schurken, der, im Solbe der russischen Polizei stehend, Verbrechen auf das Leben hochstehender Personen ansetzte, überwachte und seine angeblichen Freunde, die im Kampfe gegen den russischen Absolutismus stehenden Revolutionäre, an den Galgen oder nach Sibirien brachte. Man stand vor einem Rätsel. Wie war es möglich, daß jemand eine derartige Vertrauensstelle so lange in dieser Partei einnehmen konnte?

Am der Hand eines reichen Tatsachenmaterials zeigt uns Leo Deutsch die Einschlebung dieses Spitzels in die Partei der russischen Terroristen, sein Doppelspiel, seine Entlarvung, und bespricht eingehend die sich für die Terroristen ergebenden Konsequenzen.

„Arbeiter-Jugend.“ Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 7 haben wir hervor: Der Mai der Jugend. — Das Werden im Weltall. — I. Wie sieht die Welt aus? Von Felix Linke. — Die beiden Anker. Ein Maierlektus. Von Aug. Wshodi. — Vom Wandern (illustriert). Von Edgar Hahnwald. — Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtungen. Von Wilhelm Janssen. — Die österreichische Jugendorganisation und ihr Verbandstag. — Ihr tretet nun ins Leben ein“. Von H. M. — Vom Kriegsschauplatz. — Soziale Rundschau. — Der Pranger der Lehrlingskinder. Usp.